

## Antrag zum Landesparteitag der LINKEN NRW vom 3-5.12

Antragsteller: DIE LINKE KV Mettmann

### Antrag: Ersetzungsantrag **Präambel**

Es ist Zeit für einen Richtungswechsel in Deutschland und in NRW. DIE LINKE steht für eine deutliche Veränderung, für eine bessere Welt in der jeder Mensch, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe, Religion oder körperlicher Einschränkung ein sicheres und reichhaltiges Leben führen kann. Während andere Parteien sich der Wirtschaft unterwerfen und vom Lobbyismus geleitet werden, kämpfen wir für eine Welt in der niemand in Armut aufwachsen muss und in der Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen. Dafür brauchen wir ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: Den demokratischen Sozialismus. Den Kapitalismus zu überwinden ist ein übergeordnetes Ziel, dass wir nicht aus dem Blick verlieren. Bei uns heißt es: Menschen vor Profite!

Die Realität sieht in NRW anders aus. Die soziale Spaltung und das Gefühl abgehängt zu werden erfassen einen großen Teil unserer Bevölkerung. Dieser Umstand stärkt auch Rechtspopulist\*innen und ihre Propaganda. Wer dem Rechtsextremismus den Boden entziehen will muss Antworten auf die soziale Frage finden. Wir stellen uns auf allen Ebenen dem Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus in den Weg.

Zur Beantwortung der sozialen Frage gehört der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit und die Bekämpfung des Klimawandels schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich gegenseitig. Der Kohleausstieg, der gerade in NRW eine große Rolle spielt, darf nicht zu Massenentlassungen führen, sondern es müssen neue Perspektiven geschaffen werden um diese Menschen aufzufangen. Stattdessen wird mit der Angst der Menschen gespielt um wirtschaftliche Interesse aufrecht zu halten und dem ökologischen Umbau Steine in den Weg zu legen. Und die Kosten dieser verfehlten Klimapolitik tragen zurzeit die, die Folgen dieser bereits am stärksten zu spüren bekommen und nicht die hauptverursachende Industrie, die weiter davon profitiert. Und so werden die Spritpreise erhöht, während die Bahn kaum als Alternative gesehen werden kann und es wird von CO2-Steuer gesprochen, die Vermieter auf ihre Mieter\*innen umlegen, die ihre Miete bereits kaum bezahlen können. Wir meinen, ein ökologischer Umbau ist nicht nur sozial vertretbar, sondern schafft sogar die Basis für soziale Gerechtigkeit.

Während Unternehmer\*innen immer reicher werden, arbeiten die wirklichen Leistungsträger\*innen dieser Gesellschaft, die durch ihre tägliche Arbeit das System am laufen halten, für Niedriglöhne, die für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreichen. Sie sind durch Leiharbeit und Dauerbefristung in einer ständig prekären Lebenssituation. Darunter fallen unter anderem der Einzelhandel, Zulieferer und die Berufe im Gesundheitswesen. Hinzu kommt, dass auch hier keine Geschlechtergerechtigkeit herrscht, weil diese Berufe meist von Frauen ausgeübt werden. Erwerbs- und Sorgearbeit muss jetzt und für die Zukunft neu bewertet werden. Auch hier hat der Markt versagt. Reduzierung der Arbeitszeiten, Neubesetzungen von Stellen und eine deutliche Lohnerhöhung sind für DIE LINKE hier selbstverständlich.

Neben dem wachsenden Niedriglohnsektor sorgt die Privatisierung des öffentlichen Eigentums und der Daseinsvorsorge dafür, dass eine Zwei-Klassen-Medizin Einzug gehalten hat und die menschenunwürdige Pflege nicht mehr möglich ist. Eine Versorgungssicherheit ist nicht mehr gegeben, das hat die Pandemie uns ganz deutlich vor Augen geführt.

Wohnen wird zunehmend unbezahlbar, trotzdem können Vermieter wie die LEG ihre Mieten ständig erhöhen um immer mehr Profite einzufahren. Wir sagen: Wohnen ist Menschenrecht. Spekulationen, Mietwucher und Leerstand müssen beendet werden. Vergesellschaftung der Wohnungsgesellschaften, Mietpreisdeckel und Zweckentfremdungssatzung sind hier von Nöten.

Die Sorgen vor einer sich verschärfenden Klimakrise wurden von der Landesregierung ausgesessen. Statt aktivem Klimaschutz gab es eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes, um den Widerstand gegen ihre falsche Politik zu erschweren. Wichtige und selten gewordene Schätze wie der Hambacher Wald sollen für den Abbau von Kohle weichen, obwohl der Ausstieg längst beschlossen ist. Die Starkregenfälle, die viele Menschen in NRW vor den Trümmern ihrer Existenz stehen lassen, reichen anscheinend nicht aus, um das Ausmaß der Katastrophe klar zu machen, vor der wir stehen.

Zudem stehen viele Kommunen, gerade im ländlichen Bereich vor dem finanziellen Ruin. Ob Sportstätten, Schwimmbäder und Kultureinrichtungen wie Büchereien oder Museen stehen genau wie Beratungsstelle, Frauenhäuser oder andere Hilfeinrichtungen ganz weit oben auf der Streichliste bei Haushaltsberatungen. Ein von Bund und Land getragener Altschuldenfonds soll unsere Kommunen wieder finanziell handlungsfähig machen. Außerdem sind die Zuweisungen von Steuermitteln an die Kommunen nicht ausreichend.

An Schulen gibt es alleine in NRW einen Investitionsstau von zehn Milliarden Euro – Geld, das notwendig wäre, nur um die Substanz zu erhalten. Bildung darf nicht nur Nebensache werden. Wenn Bildung weiter vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist und auf Unterschiede statt Gemeinsamkeiten gesetzt wird, bleibt Chancengleichheit eine Utopie. Wir fordern die Einführung von Gesamt- und Gemeinschaftsschulen und die konkrete Gestaltung und Förderung der Inklusion.

Das Land NRW muss sich dafür einsetzen, dass an unseren Universitäten keine Rüstungsforschung betrieben wird. Wir brauchen eine Zivilklausel, die Vorhaben wie die der NATO in Bochum verhindern. DIE LINKE steht für Frieden und zwar bedingungslos!

Um all diese Ziele zu erreichen, braucht es Druck auf der Straße. Wir sehen uns daher als Bündnispartei, die gemeinsam mit unseren Partnern wie Gewerkschaften, Sozialverbände, Initiativen und Bewegungen einen Politikwechsel erreichen will – parlamentarisch und außerparlamentarisch. Doch dafür braucht es wieder eine starke LINKE im Landtag von Nordrhein-Westfalen!

Eine spannende Lektüre wünscht DIE LINKE Nordrhein-Westfalen

#### Begründung:

In der vom LaVo vorgelegten Präambel wird nicht nur mit der Vergangenheit gestartet, es wird auch in ihr verharret statt neue Perspektiven aufzuwerfen. Armin Laschet wird öfters erwähnt, als es wahrscheinlich in einem Jahr noch Menschen gibt, die sich an ihn erinnern. Wir sollten uns nicht an anderen Parteien abarbeiten, sondern unsere Forderungen nach vorne bringen. Auch scheint die Reihenfolge der genannten Themen keine Priorisierung zu haben. Hier wurden Themen wild durcheinandergeworfen und zum Teil auch nochmal an anderer Stelle wiederholt. Zudem fehlt generell eine Darstellung für das wofür die Linke übergeordnet kämpft: den demokratischen Sozialismus. Dieser Begriff fällt im ganzen Programm nur ein einziges Mal. Viele Formulierungen erscheinen grundlegend falsch. Beispiel: „Wir erleben, dass in den Großstädten die Mieten schneller steigen, als der Mindestlohn oder Tarifierhöhungen es ausgleichen könnten.“ – ist es also ok, dass Mieten steigen und die Löhne müssen als Ausgleich nur schneller steigen? Oder „Wir erleben, dass in der Pandemie zu viele Menschen zurückgelassen wurden, während einige wenige immer reicher

wurden.“ – wirklich nur einige wenige? Viele wichtige Begriffe wurden falsch genannt wie „Hambacher Forst“ statt Hambacher Wald. Dann verstrickt man sich in Fakten, wie, dass in Essen zwei Krankenhäuser geschlossen wurden. Diese Inhalte gehören eigentlich zu den einzelnen Unterpunkten statt eine Präambel zu füllen, die eigentlich in eine LINKE Politik einführen soll.